

Rede

Guido Zöllick

Präsident

des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes e.V.
(DEHOGA Bundesverband)

DEHOGA Branchentag 2024

Berlin, 12. November 2024

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

was für turbulente Zeiten in der Hauptstadt!

Nachdem der Wahlkampf in der Regierung bereits seit Wochen offensiv geführt wurde, kam in der letzten Woche das endgültige Aus der Ampel.

Und um es gleich zu Beginn zu sagen:

**Jetzt darf nicht gezögert werden.
Jetzt brauchen wir Entscheidungen.**

Eine monatelange Hängepartie hat unser Land nicht verdient.

Deshalb haben wir uns als DEHOGA auch deutlich für Neuwahlen ausgesprochen und bitte so schnell wie möglich.

Denn wir brauchen eine handlungsfähige Regierung.

Eine Regierung, die Lösungskompetenz besitzt.

Eine Regierung, die für Verlässlichkeit, Perspektiven und Stabilität steht.

Und, ich sage es sehr deutlich:

Wir brauchen eine Politik, die die Sorgen des Mittelstandes ernst nimmt.

Wir brauchen eine Politik, die Unternehmertum wertschätzt und fördert und Lust auf Selbstständigkeit macht.

Wir brauchen endlich wieder Aufbruchstimmung in diesem Land!

Deshalb sagen wir heute ganz klar, was wir von der Politik erwarten.

Deshalb machen WIR heute hier Branchenpolitik.

Wir präsentieren die Rezepte für die Zukunftssicherung unserer Branche.

Wir wollen wissen, woran wir bei den Politikern sind.

Wir wollen wissen, welche Lösungskonzepte sie haben.

Wir erwarten konkrete Antworten auf unsere Fragen und Vorschläge.

Denn die Politik kann sich auf UNS verlassen.

Wir sind standorttreu.

Wir verlagern keine Arbeits- und Ausbildungsplätze ins Ausland.

Wir zahlen hier unsere Steuern.

Wir schaffen Lebensqualität.

Wir steigern die Attraktivität der Städte und der ländlichen Räume.

Unsere Branche macht das Land lebens- und liebenswert.

Wir sorgen für das Funktionieren vielfältiger Wirtschaftskreisläufe.

Ja, an unserer Branche hängt immens viel! Wir sind systemrelevant.

Hier und heute geht es mir um die Zukunftssicherung dieser so wunderbaren wie wertvollen Branche.

Es muss gehandelt werden, denn die Lage ist ernst!

Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen es.

Preisbereinigt liegt unsere gesamte Branche, also Hotellerie und Gastronomie, bis Ende August, 12,6 Prozent unter dem Umsatz von 2019.

In der Gastronomie ist die Lage noch dramatischer: Das Minus gegenüber 2019 beträgt satte 16,7 Prozent.

In 2024 weist das Bundesamt allein fünf Monate in der Gastronomie aus, in denen wir beim Umsatz sowohl nominal als auch real im Minus liegen.

Gleichzeitig hat die Branche enorme Kostensteigerungen zu verkraften.

Allein die Arbeitskosten sind zwischen 2022 und 2024 um 31,5 Prozent gestiegen, so das Statistische Bundesamt.

Hinzu kommen Kostenexplosionen bei Nahrungsmitteln und Energie.

Viele Unternehmen sind in der Verlustzone, stehen mit dem Rücken zur Wand. Geld für Investitionen ist kaum vorhanden.

Allerorten verlieren wir auch Betriebe, die einst Leuchttürme der Gastfreundschaft gewesen sind, insbesondere im ländlichen Bereich, weil es sich oft einfach nicht mehr lohnt, Unternehmer in diesem Land zu sein.

Deshalb muss gehandelt werden:

Die Wirtschaft muss entfesselt werden, insbesondere von einer Bürokratie, deren Sinnhaftigkeit sich kaum noch erschließt.

Um es ganz deutlich zu sagen:

Ich erwarte jetzt den sofortigen Stopp aller drohenden Reglementierungen.

Ganz konkret:

Die geplante verpflichtende Tierhaltungs- und Herkunftskennzeichnung für Fleisch auf Speisekarten muss von jeder Agenda verschwinden.

Mit dem Aus der Ampel dürfte dieses Thema hoffentlich Geschichte sein.

Und ich appelliere ich an die Politiker:

Setzen Sie auch bestehende Pflichten einfach mal aus!

Führen Sie einen Praxischeck durch, ob auf bestimmte

Dokumentationspflichten nicht einfach verzichtet werden kann!

Fangen Sie an, den Unternehmerinnen und Unternehmern in diesem Land endlich wieder zu vertrauen!

Und ganz wichtig:

Legen Sie ihr Veto ein, wenn in Brüssel wieder neue

Bürokratiemonster gedeihen. Ich sage nur Entwaldungsverordnung.

Kennen Sie nicht?

Für jeden Kaffee, jeden Kakao, den Sie ausschenken, sollen Sie zukünftig garantieren, dass hierfür keine Flächen entwaldet worden sind und dass sie in Übereinstimmung mit den örtlichen Rechtsvorschriften erzeugt wurden.

Es ist der Wahnsinn.

Und aus der gleichen Denkschule kommt ein Vorschlag für eine Empfehlung des Rates, der eine gesetzliche Ausweitung des **Rauchverbots** auf die Außengastronomie plant.

Für die Außengastronomie gab es aber bislang gar keinen Regelungsbedarf – weil es kein Problem gibt.

Wo die Nachfrage der Gäste besteht, werden bereits heute rauchfreie Bereiche auch in der Außengastronomie angeboten.

Noch einmal:

Haben Sie endlich wieder Vertrauen in die Unternehmerinnen und Unternehmer und in die Menschen in diesem Land.

Nicht jeder Lebensbereich muss mit Gesetzen, Richtlinien und Verordnungen überzogen und überreguliert werden.

Den Brüsseler Akteuren muss mehr denn je klar sein, dass sie tatsächlich auch der Wirtschaft zu dienen haben.

Mehr denn je gilt es doch, die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas sicherzustellen, damit wir nicht noch mehr ins Hintertreffen geraten.

Auch bei einem anderen Thema sollte eigentlich feststehen, dass der Staat den Unternehmen wieder mehr Vertrauen schenkt und sich an die einmal getroffenen Absprachen hält.

Es geht um den **Mindestlohn**, um Bundeskanzler Scholz und seinen Arbeitsminister Heil.

Es ist völlig inakzeptabel, dass die Höhe des Mindestlohns wieder als Wahlkampfthema instrumentalisiert wird.

Denn die Große Koalition hatte sich im Jahr 2015 darauf verständigt, dass es keinen politisch festgesetzten Mindestlohn geben sollte – damals auch mit den Stimmen von Andrea Nahles und Olaf Scholz.

Und diese Verabredung wurde mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro bereits einmal gebrochen.

Damit das klar ist:

Wir lehnen eine Lohnfestsetzung durch die Politik rigoros ab.

Wir erwarten, dass die Bundesregierung die Arbeit der Mindestlohnkommission nicht andauernd in Frage stellt.

Und insbesondere erwarte ich, dass die Tarifautonomie ohne Wenn und Aber respektiert wird.

Meine Damen und Herren:

Es sind unsere Betriebe, die Arbeitsplätze sichern. Unsere Betriebe sind es, die neue Arbeitsplätze schaffen.

Dieses Wahlkampfgetöse ist unverantwortlich und verbietet sich. Stattdessen empfehlen wir den Wahlkämpfern, sich endlich eines anderen Problems anzunehmen.

Es ist übrigens nicht nur unsere Branche,
die damit ein Problem hat.

Sondern auch Parteien und Gewerkschaften stoßen bei ihren bis in
die Nacht dauernden Kongressen immer wieder an arbeitsrechtliche
Grenzen.

Für uns gilt seit Jahren:

Die starre tägliche **Höchst Arbeitszeit** von maximal zehn Stunden
muss endlich durch eine Wochenarbeitszeit im Sinne der EU-
Arbeitszeitrichtlinie ersetzt werden.

Und um es ganz klar zu sagen:

Es geht dabei nicht um Mehrarbeit.

Mit einer Wochenarbeitszeit würden Unternehmer und Mitarbeiter
endlich die Möglichkeit bekommen, die Arbeitszeit sachgerechter und
flexibler auf die Wochentage zu verteilen.

**Es geht darum, dann im Einsatz zu sein, wenn es auch
tatsächlich Nachfrage gibt.**

Wie soll die Hochzeit im Landgasthof funktionieren, wenn die Feier
länger dauert als geplant?

Immer mehr Betriebe machen ihren Umsatz nur noch an wenigen
Tagen pro Woche.

Diese Gastgeber und Mitarbeiter brauchen endlich eine flexible
Lösung und wir werden nicht müde diese einzufordern.

Am Ende werden wir hier hoffentlich erfolgreich sein, so wie uns das
bei einem anderen Thema bereits gelungen ist.

Als Anwalt einer internationalen Branche haben wir uns auch
erfolgreich für mehr **Arbeitskräfteeinwanderung** stark gemacht.

Frühzeitig und intensiv haben wir über die neuen Möglichkeiten
informiert. Jetzt muss die Umsetzung gelingen.

Es ist alles noch viel zu kompliziert, viel zu bürokratisch, zu langsam,
zu restriktiv.

Aber zumindest sehen wir endlich Schritte in die richtige Richtung.

Ich verspreche Ihnen:

Wir bleiben für Sie auch bei diesem Thema am Ball!

Meine Damen und Herren,

wenn es um die Zukunftssicherung für unsere Branche geht, ist mir ein Thema ein ganz besonderes Anliegen.

Lassen Sie uns gemeinsam eintreten für eine Stärkung der **dualen Ausbildung** !

Sie bedarf dringend einer höheren Wertschätzung, Anerkennung und Förderung durch die Politik und alle verantwortlichen Institutionen.

Unsere Branche macht mit: 2023 wurden in den nun sieben gastgewerblichen Berufen **23.421 neue Ausbildungsverträge** abgeschlossen. Das ist ein Plus von 4 Prozent gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019. Großartige Nachrichten!

Von ganzem Herzen danke ich allen Ausbildungsbetrieben und Ausbildern, die das möglich gemacht haben!

Investitionen in die duale Ausbildung:
Das ist Zukunftssicherung pur – gerade für die vielen Familienbetriebe in Hotellerie und Gastronomie.

Und deren Zukunft steht aktuell bei einem anderen Thema auf dem Spiel. Hier gibt es dringenden gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

Nach einer aktuellen Entscheidung des Bundesfinanzhofs, sind Beherbergungsbetriebe Verwaltungsvermögen, das bei der **Erbschaftssteuer** NICHT begünstigt wird.

Dieses Urteil ist weder nachvollziehbar noch sachgerecht.

Dieses Urteil hat viele Familienbetriebe, die sich gerade mitten im Generationswechsel befinden oder vererben müssen, komplett verunsichert. Viele wissen nicht, wie es jetzt weitergehen soll.

Damit die Unternehmensnachfolge gelingt, ist es unerlässlich, schnellstmöglich eine gesetzliche Klarstellung zu bekommen.

Familienunternehmen unserer Branche brauchen Planungs- und Rechtssicherheit.

Im Bund und in den Ländern laufen wir Sturm gegen den Spruch des BFH.

Alle politischen Entscheidungsträger müssen jetzt handeln.

Es kann nicht sein, dass die Tischlerei bei der Erbschaftssteuer begünstigt wird, die benachbarte Pension aber nicht.

Es gibt Dinge, die können einfach nicht warten.

Denn, meine Damen und Herren, mit mehr als 197.000 Betrieben tragen Hotellerie und Gastronomie maßgeblich zur Lebensqualität und Standortattraktivität in Deutschland bei.

Wir sind ein unverzichtbarer Teil des öffentlichen Lebens.

2,2 Millionen Menschen arbeiten im Gastgewerbe.

Wir erzielten 2023 mehr als 100 Milliarden Euro Nettoumsatz.

Unsere Familienbetriebe sind das Rückgrat unseres Erfolges.

Es geht um Menschen wie Sie, meine Damen und Herren.

Es geht um Unternehmer, die jeden Tag volle Leistung bringen.

Unternehmer, die Verantwortung tragen für Ihre Mitarbeiter und Familien.

Wir sind bereit, unsere Verantwortung auch zukünftig zu übernehmen.

Unsere Restaurants und Wirtshäuser sind als Orte der Begegnung, des Austausches, der Lebensqualität und des sozialen Zusammenhaltes wichtiger denn je.

All das, meine Damen und Herren, wurde mit der Erhöhung der **Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie** zu Beginn des Jahres in Frage gestellt.

Aber eines kann ich Ihnen versprechen:
Mit dieser Steuererhöhung haben wir uns nicht abgefunden.

Wir kämpfen seit Jahrzehnten für Steuergerechtigkeit – und wir werden weiterkämpfen.

Wir erwarten fairen Wettbewerb.

Und diese Wettbewerbsbenachteiligung muss endlich dauerhaft beseitigt werden.

Wir sollten stolz sein auf unsere vielfältige, regionale Kulinarik und die Vielfalt der Gastronomie in unserem Land – und die gilt es zu erhalten!

Ein Beispiel sollten wir uns nehmen, an den Ländern in denen Essen und Trinken einen viel höheren Stellenwert genießt als bei uns.

21 EU-Länder zeigen das mit einem reduzierten Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie.

Es kann doch nicht sein, dass in den Innenstädten die Imbisse die gastronomische Landschaft dominieren, weil den Restaurants das Wasser bis zum Hals steht.

Warum hat der Fertigsalat aus dem Supermarkt 7 Prozent und der bayerische Wurstsalat im Restaurant 19?

Ich kann es nicht sagen. Ich weiß aber: Steuerfairness sieht definitiv anders aus!

Die Zukunft der öffentlichen Wohnzimmer unserer Gesellschaft, der Restaurants und Wirtshäuser darf der Politik nicht gleichgültig sein!

Es ist unverständlich und inakzeptabel, dass auch das Essen für unsere Kinder, für unsere Kranken und zu Pflegenden wieder mit 19 Prozent besteuert wird!

Täglich essen rund 17 Millionen Menschen in Kitas und Schulen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie in Betriebsrestaurants.

Gemeinschaftsgastronomen und Caterer haben eine systemrelevante Rolle bei der Daseinsvorsorge in unserem Land!

Das alles verdient Anerkennung und Unterstützung – und keine Bestrafung durch eine unfaire Steuerpolitik!

Die einheitliche Besteuerung von Essen mit 7 Prozent muss endlich für Steuerfairness sorgen!

Sie muss kommen, schnell und bitte dauerhaft!!!

Und ich bin fest davon überzeugt, dass es eine Investition ist, die sich am Ende auch für den Staat rechnen wird.

Für dieses wichtigste Thema der Branche werden wir in den nächsten Wochen wieder Wahlkampf machen.

Wir erwarten klare Positionierungen der Parteien und Kandidaten.

Es darf nicht länger bei Lippenbekenntnissen bleiben.
Wir erwarten konkrete Aussagen, die wir auch in den
Wahlprogrammen wiederfinden wollen.

**Steuerfairness für die Gastronomie
mit 7% auf Speisen!
Mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit!
Konsequente Maßnahmen, die für mehr Netto vom Brutto
sorgen!
Weniger Bürokratie!**

Das ist es, was wir erwarten!

Mit den besten Argumenten, mit Überzeugung und Leidenschaft
werden wir uns für die Zukunft unserer Branche einsetzen.

Von der Politik erwarten wir eigentlich nicht viel mehr als gute
Regierungsarbeit.

Und das heißt jetzt:

Stärken Sie die Wirtschaft!

**Wir erwarten von der künftigen Bundesregierung eine Politik,
die uns wieder mehr Luft zum Atmen lässt.**

Eine Politik, die Leistungen unserer Branche anerkennt, die die
Potenziale erkennt und für eine erfolgreiche Zukunft der Gastgeber
handelt.

Unsere Rezepte liegen auf dem Tisch!

Und ich sage noch einmal in aller Deutlichkeit:

**Wir sind die Branche der Chancen
und der Integration.**

Wir sind systemrelevant.

Wir sind standorttreu.

**Wir übernehmen Verantwortung
als Unternehmer und Arbeitgeber.**

Danke, dass Sie gekommen sind.

Danke, dass Sie sich einsetzen.

Danke dafür, dass Sie alle an der Seite des DEHOGA stehen.

Danke, dass Sie mir zugehört haben.